Gesuche um Finanzhilfe für ein Selbsthilfeprojekt nach Artikel 17 Buchstabe b des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG); Merkblatt

---

1. Förderung der Selbsthilfe von Organisationen von Opfern und von anderen Betroffenen

Das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG; SR *211.223.13*), das auf den 1. April 2017 in Kraft gesetzt worden ist, sieht in Artikel 17 Buchstabe b vor, dass der Bund Selbsthilfeprojekte von Organisationen von Opfern und anderen Betroffenen (im Folgenden: Selbsthilfeprojekte) fördern kann. Dazu kann er Finanzhilfen gewähren.

Artikel 12 der Ausführungsverordnung zu diesem Gesetz (AFZFV, SR *211.223.131*) enthält hierzu weitere Einzelheiten. Zu beachten sind auch die Vorschriften des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1990 über Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionsgesetz, SR *616.1*).

Das vorliegende Merkblatt enthält eine Übersicht über die Voraussetzungen, die für den Erhalt einer Finanzhilfe für ein Selbsthilfeprojekt erfüllt sein müssen.

2. Form und Finanzierungsvorgaben

2.1 Form

Gesuche um Finanzhilfen für Selbsthilfeprojekte sind auf den dafür vorgesehenen Unterlangen («Gesuchsformular» sowie «Finanzierungsplan und Budget») einzureichen.

2.2 Finanzierungsvorgaben

Die beantragen Finanzhilfen sollten grundsätzlich 50 Prozent der anrechenbaren Kosten nicht übersteigen.

3. Angaben und Priorisierungskriterien

3.1 Angaben

Die unter Ziffer 2.1 aufgeführten Anforderungen und Vorgaben an ein bestimmtes Selbsthilfeprojekt müssen erfüllt sein und die dazu notwendigen Angaben müssen geliefert werden. Ist dies nicht der Fall, muss das Gesuch abgelehnt werden.

3.1.1 Bereich der geplanten Aktivitäten

Es können nur Selbsthilfeprojekte von Organisationen von Opfern oder anderen Betroffenen mit Finanzhilfen unterstützt werden. Es kann sich dabei um Projekte verschiedenster Art handeln, die unterschiedliche Bereiche betreffen können, wie die Förderung von beruflichen Ressourcen, von Selbstvertrauen oder von Selbstständigkeit, Bildung/Ausbildung, Umgang mit Amtsstellen, psychologische Unterstützung, Verarbeitung von Traumata, Er-

fahrungsaustausch, Literatur, handwerkliche oder künstlerische Arbeiten. Diese Aufzählung ist nicht abschliessend.

Als Voraussetzung für eine finanzielle Unterstützung gilt, dass das geplante Selbsthilfeprojekt ohne Finanzhilfe nicht oder nicht hinreichend umgesetzt oder durchgeführt werden könnte.

3.1.2 Projektträgerschaft

Die Projektträgerschaft kann mehrere natürliche oder juristische Personen umfassen.

Es können Selbsthilfeprojekte von Organisationen von Opfern und anderen Betroffenen sowie Projekte anderer Organisationen, die der Selbsthilfe von Opfern und Betroffenen dienen, finanziell unterstützt werden (Art. 11 Abs. 2 AFZFV). Als Organisation kann auch eine einfache Gesellschaft gelten, die von mehreren natürlichen Personen gebildet wird. Die Organisationen müssen ihren Sitz in der Schweiz haben. Zumindest die Mitarbeitenden in leitenden Funktionen sollten über die nötigen Qualifikationen zur Durchführung des beantragten Selbsthilfeprojekts verfügen und dies auf Anfrage auch aufzeigen können.

Die Trägerschaft übernimmt die gesamte Verantwortung für das Selbsthilfeprojekt. Sie ist insbesondere zuständig für strategische Fragen, die Finanz- und Personalführung sowie das Risikomanagement.

3.1.3 Projektcharakter und Nachhaltigkeit

Finanzhilfen werden nur für Vorhaben mit Projektcharakter, d.h. für Vorhaben mit einem klar definierten Anfang und Ende ausgerichtet.

Sie können nicht für Tätigkeiten ausgerichtet werden, welche zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung beim Bundesamt für Justiz (im Folgenden: BJ) bereits abgeschlossen sind. Falls Tätigkeiten, die finanziell unterstützt werden sollen, bereits laufen, so ist im Einzelfall zu klären, inwiefern eine finanzielle Unterstützung durch den Bund angezeigt ist.

In den Genuss einer Förderung durch den Bund sollen insbesondere auch solche Projekte kommen, die als selbsttragende Vorhaben über die Beitragsperiode hinaus weiterlaufen und Wirkungen entfalten können.

3.1.4 Breitenwirkung

Das Selbsthilfeprojekt muss eine gewisse Breitenwirkung erzeugen. Darunter fallen alle Massnahmen zur Bekanntmachung und Konsolidierung des Projekts und allfälliger Ergebnisse. Denkbar sind etwa die Information interessierter Kreise, die Verbreitung eines im Rahmen des Projekts erarbeiteten Instruments sowie die Umsetzung von Massnahmen zur längerfristigen Verankerung von Angeboten.

3.1.5 Evaluation; Zwischenberichte und Schlussbericht

Das Selbsthilfeprojekt muss evaluiert werden. Dem BJ ist hierzu neben einem jährlichen Zwischenbericht über die Projektfortschritte spätestens sechs Monate nach dem Abschluss des Selbsthilfeprojekts ein Schlussbericht einzureichen. Darin ist auf die Einhaltung der mit der Finanzhilfe verbundenen Bedingungen und Auflagen, die Wirksamkeit bzw. den Grad der Zielerreichung und das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen einzugehen.

Dies ist nicht zuletzt auch deshalb wichtig, weil auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse Konsequenzen und Schlussfolgerungen für künftige (Selbsthilfe-)Projekte und Arbeiten gezogen werden können.

3.1.6 Nutzung anderer Bundesgelder

Selbsthilfeprojekte, deren primäre Anliegen in einen anderen Bereich fallen, für welchen andere Finanzhilfen des Bundes vorgesehen sind, müssen in erster Linie von diesen Bereichen Hilfe beanspruchen.

3.2 Priorisierungskriterien

Übersteigen die eingereichten Gesuche die verfügbaren Mittel, so werden diejenigen Gesuche prioritär berücksichtigt, bei denen mit Blick auf die angestrebte Selbsthilfe der beste Wirkungsgrad erwartet werden kann und die einen besonders innovativen Charakter haben (vgl. Art. 12 Abs. 4 AFZFV).

3.2.1 Wirkungsgrad

Das Selbsthilfeprojekt soll möglichst direkt und konkret Opfern und Betroffenen zugute kommen. Eine Zusammenarbeit mit anderen Trägerschaften und Organisationen ist erwünscht, wenn dabei eine Mehrzahl von Akteurinnen und Akteuren positiv beeinflusst werden kann. Aus diesem Grund werden grundsätzlich auch keine Buchprojekte unterstützt.

3.2.2 Innovationskraft

Das Selbsthilfeprojekt soll möglichst ein neues Merkmal aufweisen oder eine neue Verhaltensweise fördern und nicht bloss eine Abänderung von bereits bestehenden Merkmalen oder Verfahren darstellen.

4. Projekteingabe

4.1 So gehen Sie vor

1) Informieren Sie sich.

Auf der Website *www.bj.admin.ch* > *Gesellschaft* > *Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen* > *Weitere Massnahmen* finden Sie alle Unterlagen, die Sie für die Gesuchstellung brauchen.

2) Machen Sie sich Gedanken und Notizen für ein Projektkonzept und dessen Umsetzung inkl. Finanzierung.

3) Melden Sie sich beim Fachbereich FSZM, falls Sie weitere Auskünfte im Hinblick auf die Rahmenbedingungen für ein Selbsthilfeprojekt oder die Ausarbeitung eines Gesuches benötigen.

4) Arbeiten Sie das Gesuch aus und reichen Sie es ein.

Ein vollständiges Gesuch umfasst folgende Bestandteile:

- Das Antragsformular, welches die notwendigen Angaben enthält und insbesondere das Selbsthilfeprojekt umschreibt.
- Das Dokument «Finanzierungsplan und Budget für Selbsthilfeprojekte nach AFZFG»
- Die Statuten, das Leitbild oder den Organisationsbeschrieb (je nach Rechtsform)

4.2 Einreichungsfrist und -adresse

Die Gesuche sind bis zum **31. März resp. 30. September des jeweiligen Kalenderjahres** wenn möglich per E-Mail einzureichen an:
sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch.

4.3 Gesuchsprüfung und Entscheid

Auf der Basis der eingereichten Gesuchsunterlagen wird das BJ das Gesuch prüfen. Bei Bedarf holt es weitere Auskünfte bei Ihnen oder Dritten ein, fordert fehlende Akten und Unterlagen nach oder nimmt Einsicht in diese, zieht weitere Fachstellen bei etc., bis das Gesuch entscheidreif ist.

Das BJ entscheidet mittels Verfügung. Die Ausrichtung des zugesprochenen Betrags erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die finanzverantwortlichen Organe des Bundes jährlich die notwendigen Kredite bewilligen.

Eine positive Verfügung nennt den auszurichtenden Finanzhilfebetrag und allfällig zu erfüllende Auflagen und Bedingungen. Der zugesprochene Betrag kann in mehrere Tranchen aufgeteilt werden. Ein Betrag von wenigstens 20% der gewährten finanziellen Unterstützung wird in der Regel erst nach Einreichung und Genehmigung des Schlussberichts inkl. der Schlussabrechnung entrichtet. Eine negative Verfügung enthält eine kurze Begründung der Ablehnung sowie eine Rechtsmittelbelehrung im Hinblick auf die Beschwerdemöglichkeiten.

4.4 Rahmenbedingungen

Sie können das BJ jederzeit um Auskünfte im Hinblick auf die Rahmenbedingungen für ein Selbsthilfeprojekt oder im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Gesuches bitten. Wenn Ihr beim BJ eingereichtes Gesuch bis zum Stichtag noch nicht vollständig ist, wird es im Rahmen des Kredites, der für den darauffolgenden Stichtag zur Verfügung steht, berücksichtigt werden.

Falls die Gesamtsumme der beantragten Finanzhilfen den zur Verfügung stehenden Kredit übersteigt, werden die Gesuche vorgezogen und prioritär unterstützt, die den Priorisierungskriterien besser entsprechen.

5. Kontakt

Bundesamt für Justiz
Fachbereich FSZM
Bundesrain 20
Postfach 8817
CH-3001 Bern

Tel. +41 58 462 42 84
E-Mail sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch

Anhang: Rechtliche Grundlagen

1 – Bundesgesetz vom 30. September 2016 über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG), SR 211.223.13

Art. 17

Die zuständige Behörde kann weitere Massnahmen im Interesse der Betroffenen ergreifen. Sie kann insbesondere:

a. die Einrichtung einer Plattform für Suchdienste unterstützen;

b. Selbsthilfeprojekte von Organisationen von Opfern und anderen Betroffenen fördern.

2 – Verordnung vom 15. Februar 2017 zum Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFV), SR 211.223.13.1

Art. 12 Finanzielle Unterstützung von Selbsthilfeprojekten

1 Die Trägerschaften von Projekten nach Artikel 11 Absatz 2 reichen Gesuche um finanzielle Unterstützung des Bundes beim BJ ein.

2 Die Gesuche müssen enthalten:

a. den Projektbeschrieb, der über die Ziele des Projekts, dessen Durchführungsmodalitäten sowie die zeitliche Planung informiert;

b. den Finanzierungsplan und das Budget des Projekts mit Angabe der erforderlichen Finanzhilfe des Bundes;

c. je nach Rechtsform der Projektträgerschaft die Statuten, ein Leitbild oder einen Organisationsbeschrieb, aus denen die Verantwortlichkeiten ersichtlich werden.

3 Das BJ prüft die Gesuche und gewährt Finanzhilfen im Rahmen der bewilligten Kredite.

4 Übersteigen die eingereichten Gesuche die verfügbaren Mittel, so werden diejenigen Gesuche prioritär berücksichtigt, bei denen mit Blick auf die angestrebte Selbsthilfe der beste Wirkungsgrad erwartet werden kann und die einen besonders innovativen Charakter haben.

5 Die Projektträgerschaft berichtet dem BJ jährlich über den Projektverlauf und reicht ihm spätestens sechs Monate nach Projektabschluss einen Schlussbericht ein.

3 – Bundesgesetz vom 5. Oktober 1990 über Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionsgesetz, SuG), SR 616.1

4 – Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz, VwVG), SR 172.021 und Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtsgesetz, VGG), SR 173.32

Demandes d'aides financières pour des projets d'entraide au sens de l'art. 17, let. b, de la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA) ; notice explicative

---

1. Promotion des projets d'entraide des organisations de victimes et autres personnes concernées

La LMCFA (RS *211.223.13*), entrée en vigueur le 1er avril 2017, dispose à son art. 17, let. b, que la Confédération promeut les projets d'entraide des organisations de victimes et autres personnes concernées. Elle peut pour ce faire attribuer des aides financières.

L'art. 12 de l'ordonnance d'exécution (OMCFA ; RS *211.223.131*) fournit des détails quant à ce soutien financier. Les dispositions de la loi fédérale du 5 octobre 1990 sur les subventions (RS *616.1*) sont également applicables.

La présente notice énumère les conditions d'obtention d'une aide financière en faveur d'un projet d'entraide.

2. Format et conditions de financement

2.1 Format

Les demandes de subvention pour des projets d'entraide doivent être soumises via les documents appropriés ("formulaire de demande" et "plan de financement et budget").

2.2 Conditions de financement

Les subventions demandées ne devraient en principe pas dépasser 50% des coûts éligibles.

3. Indications à fournir et critères de priorité

3.1 Indications à fournir

Les projets d'entraide doivent répondre à certaines exigences détaillées ci-après et les organisations qui demandent une aide financière doivent fournir les indications mentionnées ci-dessous, faute de quoi leur demande sera rejetée.

3.1.1 Domaine d'activité

Les aides financières ne servent à soutenir que les projets d'entraide des organisations de victimes et autres personnes concernées. Ces projets peuvent être de toutes natures et appartenir à des domaines variés : approfondissement des compétences professionnelles, amélioration de la confiance en soi ou de l'autonomie, éducation ou formation, rapports avec les autorités, soutien psychologique, gestion du traumatisme, échange

d'expériences, projet littéraire ou travaux manuels ou artistiques. La liste n'est pas exhaustive.

Un projet ne peut bénéficier d'une aide financière que s'il s'avère impossible de le mettre en œuvre et de l'exécuter dans sa totalité sans ce soutien.

3.1.2 Organisme responsable

L'organisme responsable peut comprendre plusieurs personnes physiques ou entités légales,

La Confédération peut soutenir financièrement les projets d'entraide des organisations de victimes et autres personnes concernées ainsi que les projets d'autres organisations soutenant l'entraide des victimes et autres personnes concernées (art. 11, al. 2, OMCFA). Une organisation peut également être une société simple composée de plusieurs personnes physiques. Les organisations doivent être basées en Suisse. Les collaborateurs occupant des fonctions dirigeantes, à tout le moins, doivent disposer des qualifications nécessaires pour mener à bien le projet d'entraide et prouver leurs capacités sur demande.

L'organisme qui chapeaute le projet en assume la responsabilité globale. Il se charge notamment des questions stratégiques et financières et de la gestion du personnel et des risques.

3.1.3 Projet durable

Les aides financières ne sont accordées que pour des projets qui ont un commencement et une fin bien définis.

Elles ne peuvent en aucun cas être octroyées pour des activités qui sont déjà terminées au moment du dépôt de la demande. Il faut déterminer au cas par cas si un soutien financier de la Confédération est indiqué pour des activités déjà en cours.

Les projets qui seront en mesure de s'autofinancer et de produire des effets après la période de subventionnement doivent tout particulièrement bénéficier de l'aide de la Confédération.

3.1.4 Large impact

Le projet d'entraide doit avoir un large impact. Cela implique des mesures pour le faire connaître, ainsi que ses résultats, et pour le consolider. Ces mesures peuvent consister à informer les milieux intéressés, à diffuser à grande échelle un instrument élaboré dans le cadre du projet ou à assurer la durabilité de l'offre.

3.1.5 Evaluation; rapports intermédiaires et rapport final

Le projet d'entraide doit être évalué. Un rapport intermédiaire décrivant l'avancement du projet doit être adressé à l' Office fédéral de la justice (OFJ) une fois par an. Un rapport final doit lui être fourni au plus tard six mois après la clôture du projet. Les rapports font état du respect des conditions et charges dont l'aide financière est assortie, de l'efficacité du projet et du degré de réalisation des objectifs, de même que du rapport coût-utilité.

Les résultats de l'évaluation permettent notamment de tirer des conséquences pour des projets et travaux futurs.

3.1.6 Autres aides fédérales

Les projets d'entraide dont le contenu relève principalement d'un domaine qui bénéficie d'autres aides fédérales doivent d'abord demander les subventions qui ressortissent à ce domaine.

3.2 Critères de priorité

Si les demandes déposées dépassent le montant des moyens disponibles, la priorité est accordée aux demandes dont on peut attendre le plus d'effets en terme d'entraide et qui ont un caractère particulièrement novateur (voir l'art. 12, al. 4, OMCFA).

3.2.1 Effets

Les projets d'entraide doivent bénéficier le plus directement et le plus concrètement possible aux victimes ou autres personnes concernées. Il est souhaitable de collaborer avec d'autres organisations si cela peut permettre de convaincre un nombre important d'acteurs. Pour cette raison, aucun projet de livre n'est en principe pris en charge.

3.2.2 Caractère novateur

Le projet d'entraide doit avoir des caractéristiques nouvelles ou favoriser de nouveaux comportements plutôt que reprendre sous une forme modifiée des caractéristiques ou procédures existantes.

4. Soumission du projet

4.1 Comment procéder

1) Informez-vous.

Vous trouverez tous les documents nécessaires au dépôt d'une demande sur le site *www.ofj.admin.ch* > *Société* > *Victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance* > *Autres mesures*.

2) Réfléchissez à la conception de votre projet, à sa mise en œuvre et à son financement. Prenez des notes.

3) Prenez contact avec l'unité MCFA si vous avez besoin d'en savoir plus sur les conditions relatives aux projets d'entraide ou sur la préparation d'une demande.

4) Remplissez et déposez votre demande.

Une demande complète se compose :
- du formulaire muni de toutes les données requises et comportant notamment la description du projet d'entraide,
- du document « Plan de financement et budget et pour des projets d'entraide selon la LMCFA »,
- des statuts, de la charte ou du descriptif de l'organisation (selon la forme juridique).

4.2 Délais et adresse

Les délais de dépôt des demandes sont, pour chaque année civile, fixés au **31 mars et au 30 septembre**. Veuillez si possible envoyer vos demandes par courriel à l'adresse sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch.

4.3 Examen des demandes et décision

L'OFJ examine les demandes sur la base des documents qui lui sont soumis. Il recueille au besoin des informations complémentaires auprès des protagonistes du projet ou de tiers. Il réunit les dossiers et documents manquants ou les consulte, prend contact avec d'autres services spécialisés, etc. jusqu'à ce que la décision soit prête à être prise.

L'OFJ prend une décision formelle. Il ne peut verser le montant accordé que sous réserve de l'approbation des crédits nécessaires par les organes de la Confédération responsables des finances.

La décision, si elle est positive, indique le montant de l'aide financière allouée et les éventuelles conditions et charges auxquelles le versement est subordonné. Le montant peut être versé en plusieurs tranches. 20 % au moins de l'aide allouée ne sont en général versés qu'après la soumission et l'approbation du rapport final, qui comprend un décompte définitif. Si elle est négative, la décision comporte un bref exposé des motifs du refus et l'indication des voies de recours.

4.4 Conditions

Vous pouvez à tout moment prendre contact avec l'OFJ pour vous renseigner sur les conditions relatives aux projets d'entraide ou pour poser des questions sur la préparation d'une demande. Si la demande que vous avez déposée n'est pas encore complète à l'échéance du délai, elle sera prise en compte dans le cadre du crédit à disposition pour la prochaine tranche de six mois.

L'OFJ applique les critères de priorité mentionnés au ch. 2.2 si la somme totale des aides financières demandées dépasse le crédit à disposition.

5. Contact

Office fédéral de la justice
Unité MCFA
Bundesrain 20
Case postale 8817
CH-3001 Berne

Tél. +41 58 462 42 84
Courriel sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch

Annexe : bases légales

1 – Loi fédérale du 30 septembre 2016 sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA ; RS 211.223.13)

Art. 17

L'autorité compétente peut prendre d'autres mesures dans l'intérêt des personnes concernées. Elle peut en particulier :

a. soutenir la mise en place d'une plateforme pour les services de recherche ;

b. promouvoir les projets d'entraide des organisations de victimes et de personnes concernées.

2 – Ordonnance du 15 février 2017 relative à la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (OMCFA ; RS 211.223.13.1)

Art. 12 Soutien financier des projets d'entraide

[1] L'organisme responsable d'un projet au sens de l'art. 11, al. 2, adresse à l'OFJ sa demande de soutien financier de la Confédération.

[2] La demande doit contenir :

a. le descriptif du projet, contenant des informations sur les buts du projet, les modalités de son exécution et son calendrier ;

b. le plan de financement et le budget du projet, avec des indications sur l'aide financière requise auprès de la Confédération ;

c. selon la forme juridique de l'organisme responsable, ses statuts, une charte ou un descriptif de l'organisation indiquant clairement les responsabilités.

[3] L'OFJ examine les demandes et accorde les aides financières dans le cadre des crédits autorisés.

[4] Si les demandes déposées dépassent le montant des moyens disponibles, la priorité est accordée aux demandes dont on peut attendre le plus d'effets en terme d'entraide et qui ont un caractère particulièrement novateur.

[5] L'organisme responsable rend tous les ans compte à l'OFJ du déroulement du projet et lui adresse un rapport final au plus tard six mois après sa conclusion.

3 – Loi fédérale du 5 octobre 1990 sur les subventions (LSu ; RS 616.1)

4 – Loi fédérale du 20 décembre 1968 sur la procédure administrative (PA ; RS 172.021) et loi du 17 juin 2005 sur le Tribunal administratif fédéral (LTAF ; RS 173.32)

Domande di sostegno finanziario per progetti di aiuto reciproco secondo l'articolo 17 lettera b della legge federale del 30 settembre 2016 sulle misure coercitive a scopo assistenziale e i collocamenti extrafamiliari prima del 1981 (LMCCE); promemoria

---

1. Promozione dell'aiuto reciproco di organizzazioni delle vittime e delle altre persone oggetto di misure

Secondo l'articolo 17 lettera b della legge federale del 30 settembre 2016 sulle misure coercitive a scopo assistenziale e i collocamenti extrafamiliari prima del 1981 (LMCCE; RS *211.223.13*), entrata in vigore il 1° aprile 2017, la Confederazione – precisamente l'Ufficio federale di giustizia (UFG), nella sua veste di autorità competente – può promuovere progetti di aiuto reciproco di organizzazioni delle vittime e delle altre persone oggetto di misure (nel seguito: progetti di aiuto reciproco). A tal fine concede un sostegno finanziario.

I dettagli in merito alle domande di aiuto finanziario sono disciplinati nell'articolo 12 dell'ordinanza del 15 febbraio 2017 relativa alla legge federale sulle misure coercitive a scopo assistenziale e i collocamenti extrafamiliari prima del 1981 (OMCCE; RS *211.223.131*) e nelle disposizioni della legge federale del 5 ottobre 1990 sugli aiuti finanziari e le indennità (legge sui sussidi, LSu; RS *616.1*).

Nel presente promemoria sono illustrate le condizioni che devono essere soddisfatte affinché un progetto di aiuto reciproco possa beneficiare di un sostegno finanziario.

2. Modello e procedure di finanziamento

2.1 Modello

Le domande di contributo finanziario per i progetti di auto-aiuto devono essere presentate sui documenti appropriati ("modulo di domanda" e "piano finanziario e preventivo").

2.2 Procedure di finanziamento

In linea di principio, le sovvenzioni richieste non devono superare il 50% dei costi ammissibili.

3. Dati e criteri di priorità

3.1 Dati

I progetti di aiuto reciproco devono soddisfare i requisiti e le prescrizioni elencati al numero 2.1; nelle domande di aiuto finanziario i promotori devono fornire tutti i dati richiesti. In caso contrario la domanda viene respinta.

3.1.1 Ambiti delle attività previste

L'UFG può sostenere finanziariamente soltanto i progetti di aiuto reciproco di organizzazioni delle vittime e delle altre persone oggetto di misure. Questi progetti possono presentare le tipologie più diverse e riguardare svariati ambiti, ad esempio la promozione delle risorse professionali, della fiducia in se stessi o dell'autonomia individuale; l'educazione/la formazione; il rapporto con i servizi competenti; il sostegno psicologico e la rielaborazione dei traumi subiti; lo scambio di esperienze; l'allestimento di una bibliografia/letteratura sul tema e la realizzazione di lavori artistici o di artigianato (elenco tematico non esaustivo).

La condizione per l'ottenimento di un sostegno finanziario è data dal fatto che, senza tali aiuti, i progetti in questione non potrebbero essere attuati o condotti del tutto, oppure potrebbero esserlo soltanto in misura limitata.

3.1.2 Promotori del progetto

I promotori del progetto possono essere persone fisiche o legale.

L'UFG può sostenere finanziariamente progetti di aiuto reciproco di organizzazioni delle vittime e delle altre persone oggetto di misure, nonché progetti di altre organizzazioni che servono all'aiuto reciproco delle vittime e persone oggetto di misure (art. 11 cpv. 2 OMC-CE). Un'organizzazione può anche essere una società semplice composta da diverse persone fisiche. Le organizzazioni devono avere sede in Svizzera. Almeno le persone con funzioni direttive devono essere in possesso delle qualifiche necessarie ad attuare il progetto per il quale è presentata una domanda di aiuto finanziario. Su richiesta, queste qualifiche devono poter essere dimostrate.

I promotori si assumono la piena responsabilità del loro progetto di aiuto reciproco. In particolare sono responsabili degli aspetti strategici, della gestione finanziaria e del personale, nonché della gestione dei rischi.

3.1.3 Carattere di progetto e carattere duraturo

Sono sostenute finanziariamente soltanto le iniziative che hanno carattere di progetto, vale a dire con un inizio e una fine chiaramente definiti.

Non possono essere sostenute attività già concluse alla presentazione della domanda all'UFG. La possibilità di sostenere quelle in corso, invece, va esaminata di caso in caso per chiarire l'opportunità e l'entità di un aiuto finanziario della Confederazione.

Vanno in particolare sostenuti i progetti che hanno un carattere continuativo, ossia che sono in grado di proseguire e produrre autonomamente gli effetti auspicati anche oltre il periodo di finanziamento.

3.1.4 Portata degli effetti

I progetti di aiuto reciproco devono produrre effetti di una certa portata. A tal fine devono essere previsti provvedimenti per divulgare e consolidare sia il progetto in sé, sia eventuali risultati (p. es. informazione delle cerchie interessate, diffusione di uno strumento elaborato nel contesto del progetto, iniziative per integrare durevolmente le offerte sviluppate).

3.1.5 Valutazione; rapporti intermedi e rapporto finale

I progetti di aiuto reciproco devono essere sottoposti a una valutazione. A tal fine i promotori sono tenuti a presentare all'UFG un rapporto intermedio ogni anno e un rapporto finale al più tardi sei mesi dopo la conclusione del progetto. In tali rapporti esaminano il rispetto

delle condizioni e degli oneri connessi al sostegno finanziario, l'efficacia e il grado di raggiungimento degli obiettivi, nonché il rapporto tra costi e benefici.

Ciò è importante anche poiché le conoscenze acquisite potranno servire a trarre conseguenze e conclusioni utili per futuri progetti e lavori analoghi.

3.1.6 Altri contributi federali

I progetti di aiuto reciproco i cui obiettivi principali rientrano in un altro settore per il quale sono previsti altri aiuti finanziari della Confederazione devono beneficiare, in primo luogo, dei contributi previsti per quel determinato settore. I promotori devono fornire le relative prove.

3.2 Criteri di priorità

Se le domande presentate eccedono i mezzi finanziari disponibili, sono prese in considerazione in via prioritaria quelle per le quali si può prevedere il miglior grado di efficacia nell'ottica dell'aiuto reciproco auspicato e che presentano un carattere particolarmente innovativo (cfr. art. 12 cpv. 4 OMCCE).

3.2.1 Grado di efficacia

I progetti di aiuto reciproco devono fornire alle vittime e alle altre persone oggetto di misure un aiuto più diretto e concreto possibile. È auspicata la collaborazione con altri promotori e altre organizzazioni, se ciò può produrre un effetto positivo su numerosi attori. Per questo motivo, in linea di principio non sono supportati progetti di libri.

3.2.2 Carattere innovativo

I progetti di aiuto reciproco devono presentare caratteristiche possibilmente nuove o favorire l'adozione di nuovi comportamenti; non devono costituire semplicemente una modifica di caratteristiche o procedure già esistenti.

4. Presentazione delle domande

4.1 Come procedere?

1) Raccogliere le informazioni necessarie.

Sul sito Internet *www.ufg.admin.ch > Società > Vittime di misure coercitive a scopo assistenziale > Altri provvedimenti* sono pubblicati i documenti necessari per presentare una domanda di aiuto finanziario.

2) Riflettere e annotarsi le idee per una bozza di progetto, la sua attuazione e il suo finanziamento.

3) Contattare il Settore MCCE dell'UFG per ottenere maggiori informazioni sulle condizioni relative ai progetti di aiuto reciproco o sulle modalità di preparazione delle domande di aiuto finanziario.

4) Preparare la domanda e inviarla all'UFG.

La domanda è completa se comprende la seguente documentazione:

- il modulo di domanda con i dati necessari e, soprattutto, la descrizione del progetto di aiuto reciproco;
- il documento «Piano finanziario e preventivo per progetti di aiuto reciproco secondo la LMCCE»;
- lo statuto, la filosofia o una presentazione dell'organizzazione (in base alla forma giuridica).

4.2 Termine e indirizzo di presentazione

Le domande devono essere presentate entro il **31 marzo o il 30 settembre dell'anno civile in corso**, preferibilmente per posta elettronica all'indirizzo: sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch.

4.3 Esame delle domande e decisione

Sulla scorta della documentazione inviata, l'UFG esamina le domande pervenute. Per poter decidere con cognizione di causa, se necessario chiede ulteriori informazioni ai promotori o a terzi, richiede atti o documenti mancanti o chiede di poterli consultare, coinvolge altri servizi specializzati ecc.

L'UFG emana una decisione formale. Il sostegno finanziario concesso è versato a condizione che ogni anno i crediti necessari siano stanziati dagli organi responsabili delle finanze della Confederazione.

Una decisione positiva menziona l'importo che sarà versato ed eventuali oneri e condizioni che devono essere adempiuti; il pagamento può essere rateato. Di regola, un importo pari ad almeno il 20 per cento dell'aiuto finanziario concesso è versato soltanto dopo che sono stati presentati e approvati il rapporto finale e il bilancio finale.

Una decisione negativa, invece, espone in breve i motivi del rigetto della domanda e indica i rimedi giuridici a disposizione dei promotori per presentare ricorso.

4.4 Condizioni quadro

I promotori possono in qualsiasi momento rivolgersi all'UFG per ottenere maggiori informazioni sulle condizioni quadro relative ai progetti di aiuto reciproco o sulle modalità di preparazione delle domande di aiuto finanziario. La domanda presentata all'UFG che risulta ancora incompleta alla scadenza stabilita per il suo deposito sarà presa in considerazione nel quadro dei crediti a disposizione per la scadenza immediatamente successiva.

Nel caso in cui l'importo complessivo dell'aiuto finanziario richiesto superi i crediti a disposizione, saranno selezionate e considerate in via prioritaria le domande per progetti che rispondono meglio ai criteri di priorità.

5. Indirizzo di contatto

Ufficio federale di giustizia
Settore MCSA
Bundesrain 20
Casella postale 8817
CH-3001 Berna

Tel. +41 58 462 42 84
E-mail sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch

Allegato: basi giuridiche

1. – Legge federale del 30 settembre 2016 sulle misure coercitive a scopo assistenziale e i collocamenti extrafamiliari prima del 1981 (LMCCE; RS 211.223.13; stato 1° aprile 2017)

Art. 17

L'autorità competente può adottare altri provvedimenti nell'interesse delle persone oggetto di misure. Può in particolare:

a. sostenere la creazione di una piattaforma per i servizi di ricerca;

b. promuovere progetti di aiuto reciproco di organizzazioni delle vittime e delle altre persone oggetto di misure.

2 – Ordinanza del 15 febbraio 2017 relativa alla legge federale sulle misure coercitive a scopo assistenziale e i collocamenti extrafamiliari prima del 1981 (OMCCE; RS 211.223.13.1; stato 1° aprile 2017)

Art. 12 Sostegno finanziario di progetti di aiuto reciproco

1 I promotori di progetti di cui all'articolo 11 capoverso 2 presentano domanda all'UFG per un sostegno finanziario della Confederazione.

2 Le domande devono contenere:

a. la descrizione del progetto, che ne illustra gli obiettivi, le modalità di esecuzione nonché la pianificazione temporale;

b. il piano di finanziamento e il preventivo del progetto con indicazione del necessario aiuto finanziario della Confederazione;

c. in base alla forma giuridica del promotore del progetto, lo statuto, la filosofia o una descrizione dell'organizzazione da cui si evincono le responsabilità.

3 L'UFG esamina le domande e concede aiuti finanziari nell'ambito dei crediti stanziati.

4 Se le domande presentate eccedono i mezzi finanziari disponibili, sono prese in considerazione in via prioritaria le domande per le quali si può prevedere il miglior grado di efficacia nell'ottica dell'aiuto reciproco auspicato e che presentano un carattere particolarmente innovativo.

5 Il promotore del progetto fa annualmente rapporto all'UFG in merito all'andamento del progetto e al più tardi sei mesi dopo la conclusione del progetto gli presenta un rapporto finale.

3 – Legge federale del 5 ottobre 1990 sugli aiuti finanziari e le indennità (Legge sui sussidi, LSu; RS 616.1)

4 – Legge federale del 20 dicembre 1968 sulla procedura amministrativa (PA; RS 172.021) e legge del 17 giugno 2005 sul Tribunale amministrativo federale (LTAF; RS 173.32)